

Asylchef Peter Gomm folgt dem Ruf ins Thal

Laupersdorf Am Montagabend werden die Thalerinnen und Thaler über die Asylunterkunft auf dem Hellchöpfli informiert

VON LUCIEN FLURI

Eigentlich war sie später angesetzt. Doch jetzt, nach einigem politischem Druck, erhalten die Thaler Gemeinden früher als geplant ihre Informationsveranstaltung zum geplanten Asylzentrum auf dem Hellchöpfli. Am kommenden Montagabend wird Regierungsrat Peter Gomm der Bevölkerung in der Laupersdörfer Mehrzweckhalle Red und Antwort stehen. Vor zwei Wochen hatte es in Rumisberg eine ähnliche Veranstaltung der Berner Behörden gegeben.

Bereits auf dem Hellchöpfli waren die Laupersdörfer und Matzendorfer Bürger- und Gemeinderäte. Am Dienstag vor einer Woche hat ihnen Peter Gomm die geplante Asylunterkunft gezeigt und Fragen beantwortet. Das Treffen sei zufriedenstellend gewesen, sagt Laupersdorfs Gemeindepräsident Thomas Schwaller auf Anfrage. Zwar seine noch nicht alle Details bekannt,

«doch das Gespräch war sehr vertrauensbildend.»

Strasse: Vertrag wird ausgehandelt

Für die Gemeinden zentral sind nach wie vor die Befristung des Be-

triebes auf ein Jahr und der Betrieb eines Shuttlebusses. Dass die Anlage auf ein Jahr begrenzt ist, bestätigt Claudia Hänzi vom Amt für soziale Sicherheit. Der Kanton handle mit der Bürgergemeinde Laupersdorf ei-

nen Vertrag für die Nutzung der Zugangsstrasse zum Hellchöpfli aus und erarbeite Details zum Busbetrieb. Bestätigt hat das Amt auch, dass eine Begleitgruppe mit Behördenvertretern eingesetzt werden soll.

Komitee hofft auf rege Teilnahme

Gerüchte, es würden nur Personen mit einem abgelehnten Asylgesuch auf dem Hellchöpfli untergebracht, weist Hänzi zurück. «Die Anlage ist vor allem für allein reisende Männer geeignet». Wer mit welchem Aufenthaltstitel wo untergebracht werde, richte sich jeweils nach dem Bedarf. Klar sei, dass keine Familien oder verletzte Personen in der Anlage einquartiert würden.

«Endlich» werde informiert, schreibt Beat Künzli vom Komitee «Besorgte Thalerinnen und Thaler». Der Laupersdörfer Gemeinderat ruft zu einer regen Teilnahme an der Informationsveranstaltung auf. Die Thaler erhielten nun die Gelegenheit, ihre Fragen, Befürchtungen, Sorgen und Ängste zu diesem Projekt kundzutun. Bisher, so Künzli, sei die Informationspolitik zu zögerlich gewesen, viele Fragen rund um das geplante Asylzentrum seien noch immer nicht geklärt.

MILITÄRANLAGEN: MITBESTIMMUNG DER GEMEINDEN AUSHEBELN

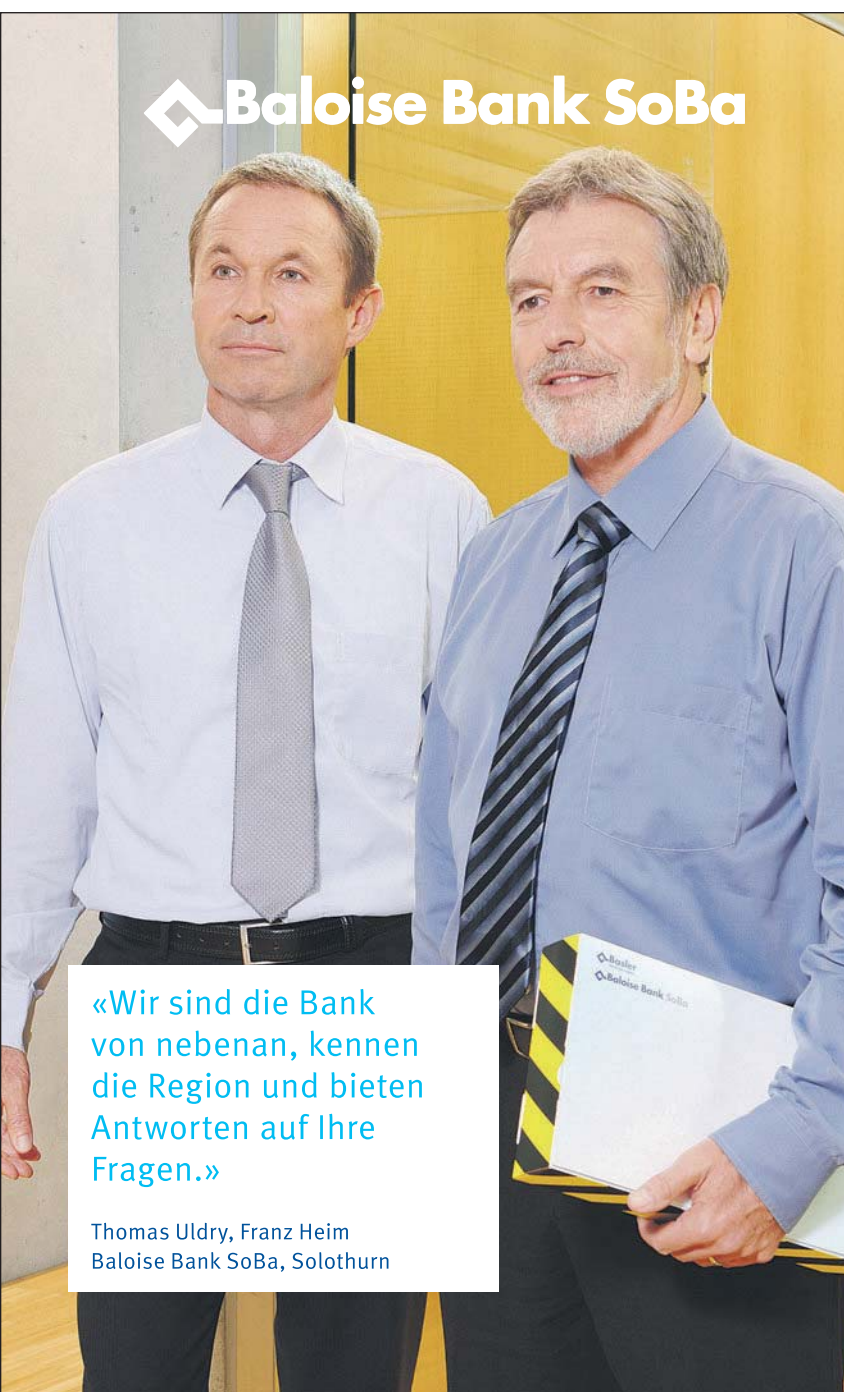
Die drei Gebäude, die auf dem Hellchöpfli als Asylunterkunft genutzt werden sollen, liegen auf Berner Boden. Und damit kommen die Berner Gesetze zur Anwendung. Während im aargauischen Bettwil die Gemeinde über eine Umnutzung der Armeunterkunft entscheiden muss und sich damit bisher erfolgreich wehrt, kann im Kanton Bern für eine Dauer von bis zu sechs Monaten der Kanton ohne die Gemeinde eine Umnutzung von Militäranlagen als Asylunterkünfte

bewilligen. Der Berner Regierungsrat und Vizepräsident der kantonalen Polizeidirektoren Hans-Jürg Käser hält dies für eine taugliche Lösung für die ganze Schweiz. Gegenüber Schweizer Radio DRS sprach sich Käser am Dienstag dafür aus, künftig schweizweit die Bewilligungspflicht für die befristete Umnutzung militärischer Unterkünfte und somit das Mitspracherecht der Gemeinden bei vorübergehenden Umnutzungen abzu-

schaffen. Bereits am Sonntag hatte der Solothurner Regierungsrat und Präsident der kantonalen Sozialdirektoren, Peter Gomm, ähnliche Wünsche geäußert. «Im Rahmen der hängigen Asylgesetz-Revision sollte die bewilligungsfreie Umnutzung der militärischen Unterkünfte für die vorübergehende Nutzung für Asylzwecke sichergestellt werden», sagte Gomm im Interview mit der «NZZ am Sonntag». Die heute mögliche Einsprachefrist

von zwei bis drei Jahren mache für temporäre Nutzungen keinen Sinn. Zwar würde laut Gomm dadurch die Einsprachemöglichkeit der Gemeinden beschränkt, doch dafür würden mit der Nutzung von Militärunterkünften Wohngebiete entlastet. Gomm betonte, dass die Bevölkerung so oder so einbezogen und überzeugt werden müsse. Für definitive Inbetriebnahmen solle weiterhin eine Bewilligungspflicht gelten. (LFH)

INSERAT



Baloise Bank SoBa

«Wir sind die Bank von nebenan, kennen die Region und bieten Antworten auf Ihre Fragen.»

Thomas Uldry, Franz Heim
Baloise Bank SoBa, Solothurn

Nahe bei Ihnen. Für finanzielle Sicherheit.

Die Baloise Bank SoBa ist im Kanton Solothurn verankert und kennt Land und Leute. Mit ihrem breitgefächerten Angebot für Private und Unternehmen bietet die Bank Antworten auf alle finanziellen Fragen des Alltags.

Wir machen Sie sicherer.
www.baloise.ch

Dem Mittelspecht auf der Spur

Vogelschutzverband Gut 70 Ornithologen aus der ganzen Schweiz erheben diesen Frühling den Brutbestand des seltenen Spechts. Unter anderem auch im Kanton Solothurn.

Der Schweizer Vogelschutz SVS/BirdLife Schweiz lanciert zusammen mit seinen Kantonalverbänden einmaliges Projekt, um die Wissenslücke um das Auftreten des Mittelspechts in der Nordwestschweiz zu schliessen. Über 70 Freiwillige meldeten sich, um in den über hundert ausgeschiedenen Teilflächen in den Kantonen Bern, Solothurn und den beiden Basel nach dem «Kick, kick, kick» oder «Quä-quä-quä» des Mittelspechtes zu horchen.

Auf den ersten Blick erinnere die schwarz-weiße Zeichnung des Mittelspechtes stark an den viel häufigeren Buntspecht, schreibt der Vogelschutzverband des Kantons Solothurn (VVS) in einer Mitteilung. «Der Mittelspecht ist allerdings etwas kleiner und aufgrund der leuchtend roten Kopfplatte, der Flankenstrichung und dem roten Steiss vom Buntspecht zu unterscheiden.» Erfahrene Kenner unterscheiden die beiden Specharten aber meist schon an den unterschiedlichen Lautäusserungen, mit denen die Mittelspechte im März und April das Revier verteidigen und einen Partner werben.

Der Bestand potenziell gefährdet

Die Bestände dieser heimlich lebenden Spechart gingen in den letzten Jahrzehnten stark zurück, hält der Verband fest. So musste er auf der Roten Liste als «potenziell gefährdet» eingestuft werden. Der Brutbestand wurde Anfang der 1990er-Jahre in allen vier beteiligten Kantonen zusammen auf unter hundert Paare geschätzt.

Der Mittelspecht stellt im Gegensatz zum Buntspecht, der als Hackspecht seine Nahrung mit kräftigen Schnabelhieben aus dem Holz hervorholt, spezielle Ansprüche an seinen Lebensraum. Er findet er seine Nahrung in der Rinde grobborkiger Bäume wie zum Beispiel Eichen. Mit seinem eher fein gebauten Schnabel ist er zudem auf viel morsches Holz angewiesen. Die veränderte Waldbewirtschaftung sei denn auch der Hauptgrund für die Bestandesrückgänge, schreibt der Verband. Das Problem des Mittelspechtes wurde be-



Der Mittelspecht: Sein Bestand ist gefährdet. ZVG

reits vor Jahren erkannt und entsprechende Bestrebungen zum Schutz der Bestände eingeleitet. Der 2008 vom Bundesamt für Umwelt (Bafu) veröffentlichte «Aktionsplan Mittelspecht» stellt einen Meilenstein im Mittelspechtschutz dar. Als Grundlage für Schutz- und Förderprogramme sowie für anschliessende Erfolgskontrollen wurden in diesem Aktionsplan unter anderem auf eine lückenhafte Datengrundlage bei der Bestandes-schätzung aufmerksam gemacht.

Mit einer speziellen Kartiermethode, welche auf der Anlockung der Spechte durch kurzes Abspielen von Klangattrappen basiert, hofft man jetzt eine realistische Bestandes-schätzung für die Kantone Bern, Solothurn und die beiden Basel abgeben zu können. Der Vogelschutzverband des Kantons Solothurn VVS konzentriert die Suche vor allem auf die Bezirke Dorneck und Thierstein und auf den Jurasüdfuss zwischen Grenchen und Erlinsbach. Daneben vermutet man einzelne Mittelspecht-paare entlang der Aare im Niederamt sowie am Born, im Wasseramt und dem Bucheggberg. (MGT)

Aufgeschnappt: Proteste gegen Heimatschutz

Die Kantonalpräsidentin von Pro Natura, IRENE FROELICHER, schreibt im «Facebook»: «Ich rufe den Schweizer Heimatschutz auf einzulenken und nicht durch Fundamentalopposition eine ausgewogene Lösung zu verzögern!»

Ebenfalls im «Facebook» haben bereits über 130 Personen zugesagt, dass sie an der von Rechterswils Gemeindepräsident Hardy Jäggi gestarteten Protest-«E-Mail-Aktion an Heimatschutz» teilnehmen wollen. Darunter befinden sich namhafte und einflussreiche Personen: ROLAND FÜRST (Direktor Solothurner Handelskammer), Nadja Pieren (Berner SVP-Nationalrätin), WALTER STEINMANN (Direktor Bundesamt für Energie), Markus Jordi (Mitglied SBB-Konzernleitung), Walter Wirth (Direktor AEK Energie AG), Dagobert Cahannes (Medienbeauftragter des Solothurner Regierungsrats) oder Martin Jäggi (Ex-Polizeikommandant).

Auch in den Gemeinden geht der Protest weiter: Lohn-Ammannsegg verzichtet auf künftige Zuwendungen und Verkaufaktionen zugunsten des Heimatschutzes. Auch der Präsident von Deitingen will mit der Gemeinde und seiner Schreinerei den Heimatschutz boykottieren. Kammersrohrs Präsident hat dem Schweizer Heimatschutz (SHS) ein ebenso empörtes Mail geschickt wie UELI CUSTER, CVP-Gemeinderat von Lommiswil: «Die sollen einfach merken, wie stark sie sich hier in der Gegend in die Nesseln setzen.» In die Anti-Heimatschutz-Front eingereiht haben sich auch die Gemeindepräsidenten von Luterbach und Selzach sowie der Präsident des Bürgergemeindeverbandes.

Auch «ganz normale» Bürgerinnen und Bürger wollen ihre Empörung kundtun und haben ihre Mails an den Heimatschutz als Kopie der az Solothurner Zeitung geschickt: Gabby und Manfred Grütter aus Biberist werden ihre Freunde und Bekannten dazu ermutigen, dem Heimatschutz keinerlei Unterstützung mehr zukommen zu lassen. Auch Peter Sperisen (Lohn) zahlt dem Heimatschutz «keinen Rap-pen mehr». HANS R. DUDLE, Verwalter der römisch-katholischen Kirchgemeinde Solothurn 1969 bis 1992, war einige Jahrzehnte «begeistertes» Mitglied des SHS. Jetzt hat er dem SHS und dessen Solothurner Sektion seinen Austritt mitgeteilt. (SFF)